



Erfreuliche (atomare) Nachrichten

Von Peter Fleissner

Die Covid-19 Pandemie dominiert die Medien. Andere überlebenswichtige Bereiche wie Frieden und Umwelt rücken in den Hintergrund. Dabei ist die Weltlage für den Frieden alles andere als günstig. SIPRI, das Stockholmer Friedensforschungsinstitut schätzt, dass im Januar 2020 neun Länder 13.400 Atomwaffen besaßen, davon sind 5.800 Nuklearsprengköpfe im Besitz der USA und 6.375 von Russland. Dahinter kommen China und Frankreich mit mehr als 320, das Vereinigte Königreich mit mehr als 215. Pakistan, Indien, Israel und Nordkorea besitzen insgesamt mehr als 440 Sprengköpfe. Diese Länder haben 2019 insgesamt etwa 73 Milliarden Dollar (ein Plus von 7 Mrd. gegenüber 2018) für die Entwicklung und Wartung von Atomwaffen ausgegeben. Nach

ICAN-Daten entfallen davon auf die Vereinigten Staaten 35,4 Mrd. Dollar, auf Russland 8,5 Mrd. und auf China 10,4 Mrd. Seit 2018 erhöhten diese drei Länder ihre Ausgaben für Nuklearwaffen als Teil der geplanten langfristigen nuklearen »Nachrüstung«.

Im Kalten Krieg waren die Gefahren einer nuklearen Auseinandersetzung noch stark im Bewusstsein der Weltöffentlichkeit verankert. Daher war es möglich, dass 1968 die anerkannten Atommächte (China, Frankreich, Russland, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten) das Versprechen abgaben, alle Atomwaffen abzuschaffen: der Atomwaffensperrvertrag (auch Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag NVV) trat am 5. März 1970 in Kraft. Die übrigen Unterzeichner*innen sagten zu, keine solchen Waffen zu entwickeln. Weitere drei Staaten, die damals Atomwaffen besaßen, nämlich Indien, Pakistan und Israel, lehnten eine Unterzeichnung ab. Warum? Sie wurden bei der Entwicklung ihrer Atomwaffenprogramme von den USA unterstützt: Pakistan während der Reagan-Jahre, Indien unter Bush und Israel seit einer »geheimen« Vereinbarung zwischen Präsident Richard Nixon und der israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir 1969, die allerdings rasch publik wurde. Der Atomwaffensperrvertrag hatte bisher eine ambi-

valente Wirkung: einerseits hält er die Zahl der Atomkräfte klein, andererseits festigt er die globale militärische Ungleichheit und spaltet die Welt in Staaten mit und ohne Atomwaffen.

Mit der Auflösung der Sowjetunion verschwand zwar die Angst vor einem direkten Konflikt zwischen den Supermächten, aber an der Anzahl und Zerstörungskraft der Atomsprenköpfe änderte sich wenig. Trotz Rüstungsbegrenzungen für Nuklearwaffen blieb das Versprechen einer endgültigen Abrüstung weiterhin uneingelöst. Aufgrund der derzeitigen geopolitischen Situation kann heute nicht mehr wie zur Zeit des »Kalten Krieges« von einem »Gleichgewicht des Schreckens« zwischen den USA und der UdSSR gesprochen werden.

Verbot von Kernwaffen

Aber am 22. Jänner 2021 war es so weit: Seit diesem Tag gibt es erstmalig in der Geschichte einen völkerrechtlich bindenden Vertrag über das Verbot von Kernwaffen¹. Bisher haben 88 Staaten den Vertrag unterzeichnet. Als 50. Land ratifizierte ihn Honduras am 24. Oktober 2020. Er trat 90 Tage später in Kraft und ist nun Bestandteil internationalen Rechts.

Die gute Nachricht ist, dass damit Kernwaffen formell in der ganzen Welt geächtet sind, die schlechte allerdings, dass die anerkannten Atomkräfte ebenso wie viele ihrer Verbündeten nicht unterzeichnet haben. Im NVV haben sich die damaligen fünf Nuklearstaaten zu dem aufrichtigen Bemühen verpflichtet, alle Atomwaffen abzuschaffen. Als einzige Staaten, bei denen Bestrebungen zum Bau von oder zur Verfügung über Atomwaffen vermutet wurden bzw. werden, nahmen der Iran und Saudi-Arabien an den Verhandlungen teil, aber auch sie unterzeichneten den Vertrag später nicht. Schließlich haben Österreich, Malta, Irland und eingeschränkt Kasachstan, die mit der NATO zusammenarbeiten, den Vertrag ratifiziert. Die Schweiz und Schweden haben zwar unterschrieben, aber eine Ratifizierung bisher abgelehnt.

¹ Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, TPNW, <https://undocs.org/en/A/CONF.229/2017/8>

Österreich aktiv

Erfreulich ist, dass Österreich eines der wenigen EU-Mitgliedsländer ist, die sich schon seit Jahren für den Vertrag eingesetzt haben. Dafür ist die NGO ICAN Austria (<http://icanaustria.at>) mitverantwortlich, die im Rahmen der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) unermüdlich für die Unterzeichnung und Ratifizierung dieses Vertrages tätig war. Die österreichische Sektion wurde vor acht Jahren als Verein gegründet und ist seither der Völkerverständigung und dem Einsatz für die Ächtung von Nuklearwaffen, für Abrüstung und Frieden verpflichtet. ICAN Partner in Österreich sind der Internationale Versöhnungsbund – Österreichischer Zweig und IPPNW Austria (International Physicians for the Prevention of Nuclear War). Das Eintreten Österreichs für eine atomwaffenfreie Welt steht allerdings im Gegensatz zum sonstigen Verhalten der Regierung. Sie unterließ bereits mehrmals die staatsvertragliche Verpflichtung zur Neutralität: Österreich ist freiwilliges Mitglied der EU-Kampfgruppen und bei SSZ/PESCO (dem ersten Schritt der EU zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, mit gemeinsamen Rüstungskäufen sowie einer Zusammenarbeit im Ausbildungsbereich und der Militärforschung) und der NATO-Partnerschaft für den Frieden Pfp. Militärtransporte von NATO-Ländern per Flugzeug oder Bahn auf österreichischem Boden wurden nicht beeinträchtigt. Überdies gibt es seit 2020 eine bilaterale Kooperation des Bundesheeres mit der US-Nationalgarde (State Partnership Program).

Der Atomwaffenverbotsvertrag verbietet den Einsatz, die Erprobung, die Herstellung und die Lagerung von Kernwaffen und umfasst Verpflichtungen für die Vertragsstaaten, den Opfern von Kernwaffennutzung und -tests Hilfe zu leisten und die Sanierung von durch Kernwaffentests und -nutzung kontaminierten Flächen zu gewährleisten. In Artikel 4 eröffnet er Wege für den Beitritt nuklear bewaffneter Staaten. Auch sie können dem Vertrag beitreten, wenn sie einen Plan zur vollständigen nuklearen Abrüstung vorlegen, oder zunächst nuklear abrüsten (internationale

Behörden müssen die irreversible Beseitigung der Kernwaffen überprüfen) und danach dem Vertrag beitreten.

Atomwaffen machen die Welt nicht sicherer, ganz im Gegenteil: sie müssen verboten und vernichtet werden, damit die Welt sicherer wird. Viele Analysten betonen, dass die Zivilgesellschaft viel stärker dieses »Global Zero«, also die totale Ächtung der Atomwaffen und die Entlegitimierung der Nuklearen Abschreckung (Nuclear Deterrence) einfordern muss. Aus Meinungsumfragen wissen wir, dass die große Mehrheit aller Menschen in einer Welt ohne Atomwaffen leben möchte, aber diese Mehrheit kann sich offenbar nicht durchzusetzen.

Die Atommächte sehen den Vertrag nicht gerne. Vor allem die USA haben auf einzelne Unterzeichnerstaaten Druck ausgeübt, ihre Unterschrift wieder zurückzunehmen. Im Falle Schwedens waren sie damit erfolgreich. Aber in Diplomaten* innenkreisen hat diese Bevormundung bei manchen Ländern das Gegenteil bewirkt. Die Staaten sind gegenüber Druck von außen empfindlicher geworden und wollen selbst über ihre Zukunft entscheiden.

Mit dem Inkrafttreten des TPNW wurde ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt gesetzt. In der 1. TPNW-Vertragspartner* innenkonferenz, die im Jänner 2022 in Wien stattfinden wird, sollen wichtige Entscheidungen zur langfristigen Implementierung, Institutionalisierung und Universalisierung des Vertrages getroffen werden. Nachfolgetreffen soll es alle zwei Jahre geben. Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten soll es zur ersten Überprüfungs-konferenz über die Wirkungsweise des Vertrages kommen, weitere werden in einem Abstand von sechs Jahren folgen.

New-Start-Vertrag verlängert

Dem Ziel von TPNW kommt man auch durch den Abschluss von Verträgen zur Rüstungsbeschränkung und Abrüstung, aber auch durch die Bildung regionaler atomwaffenfreien Zonen näher. Mit dem Präsidentenwechsel in den USA wurde am 29. Jänner eine fünfjährige Verlängerung des auslaufenden Vertrags über atomare Abrüstung mit Russland (New-Start-Ver-



Aus Meinungsumfragen wissen wir, dass die große Mehrheit aller Menschen in einer Welt ohne Atomwaffen leben möchte, aber diese Mehrheit kann sich offenbar nicht durchzusetzen.

trag vom 5. Februar 2011) beschlossen. In diesem letzten noch existierenden Abrüstungsabkommen verpflichteten sich die USA und Russland, die Zahl ihrer Atomsprenköpfe auf maximal 1.550 zu beschränken. Derzeit gilt er aber nur noch für strategische Interkontinentalwaffen, nicht für Waffensysteme, die auf kürzeren Distanzen einsetzbar sind (sie wurden durch den INF-Vertrag beschränkt). Die USA kündigten 1987 den Open-Skies-Vertrag über Rüstungskontrolle aus der Luft und 2002 den ABM-Vertrag für die Abrüstung von Abfangraketen.

AbFaNG – Neues Friedensbündnis in Österreich

Über diesem Teilerfolg sollte nicht vergessen werden, dass im Hintergrund eine Katastrophe lauert, die mit der Friedensfrage eng zusammenhängt. In den Worten des Friedensnobelpreisträgers von 2011, Tawakkol Karman: »Unser Klimanotstand stellt die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit dar. Da sich extreme Wetterereignisse weiter häufen und der Meeresspiegel ansteigt, müssen die Menschen um knappe Ressourcen konkurrieren [...]. Wenn wir nicht handeln und uns anpassen, und zwar bald, werden wir unweigerlich größere Instabilität, Konflikte und verstärkte Migration erleben.« Es bleibt also für die nächsten Jahre vor allem für die Friedens- und Umweltinitiativen der Welt viel zu tun. Genau diesen Aufgaben widmet sich das neue »Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität & Gewaltfreiheit« (AbFaNG, <http://abfang.org>). Es möchte »die Glaubwürdigkeit der Neutralität wiederherstellen, national Friedensbildung und -forschung massiv fördern, sowie gegen jegliche Militarisierung, wo auch immer, auftreten und [sich...] für friedenspolitische Mittel auf allen Ebenen einsetzen.« Im Bündnis AbFaNG sind bisher 36 NGOs vereint, die für den Frieden und die 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der Vereinten Nationen eintreten. Damit setzt AbFaNG in vielen Bereichen die Arbeit des österreichischen Friedensrates fort, der unter Mitwirkung der KPÖ nach Ende des Zweiten Weltkriegs aktiv für Entspannung, Frieden und Abrüstung eintrat. |